



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung am
27.09.2022
*öffentlich***

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:57 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Yvonne Winkler

Anja Krimmling-Schoeffler

Thomas Schied
Dr. Ulrike Wünschler
Dennis Helmich

Beate Thomann
Andreas Heinrich
Dr. Martin Ernst

Kay Senius
Torsten Schaper

Jana Kozyk
Dirk Neumann
Claudia Rohrbach
Richard Busch
Ernst Josef Peter Dehn
Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Joachim Solms

Ausschussvorsitzende
Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Vertreterin für Dr. Meerheim
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Teilnahme von 17:05 - 17:56
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Teilnahme bis 18:49 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale)
Teilnahme ab 17:12 Uhr
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf
Dr. Sabine Odparlik

Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft
und Digitalisierung

Gäste

Frau Dr. Simone Meißner
Herr Andreas Völker

Geschäftsführerin
Bereichsleiter und Prokurist HAVAG

Entschuldigt fehlten:

Dr. Bodo Meerheim
Christoph Bernstiel
Nikolas Schröder
Anne-Katrin Wielebinski

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin

zu Einwohnerfragestunde

zu Fragesteller zur Wirtschaftslage in Halle

Der Fragesteller ging auf die wirtschaftliche Situation der Stadt ein und sprach den Stand zu Unternehmen in Deutschland hinsichtlich der Energiekrise an und fragte, welche Pläne die Stadtverwaltung verfolgt, um Folgen, die diese globale Krise mit sich bringt, abzumildern.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Stadtverwaltung alles tut, um die Folgen der Krise abzumildern. Es laufen Gespräche durch den Bürgermeister und seine Beigeordneten mit der EVH, den Wohnungsunternehmen und ggf. mit kulturellen und sozialen Einrichtungen. Die Stadt hat bei seinen Tochterunternehmen die Möglichkeit, in gewisser Weise steuernd einzugreifen.

Der Fragesteller fragte nach, ob die Themen in der Öffentlichkeit besprochen werden können, um die Bürger/-innen aktuell zu informieren und damit auch bestehende Ängste zu nehmen.

Durch **Herrn Rebenstorf** wurde darauf verwiesen, dass durch den Bürgermeister Herrn Geier wichtige Themen, u. a. auch zum Haushalt der Stadt, öffentlich gemacht werden.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung wurde von der Vorsitzenden, **Frau Winkler**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Senius vertagte den TOP 5.1 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen, Vorlage: VII/2022/04192 und begründete dies damit, dass der Antrag bereits im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss vertagt wurde, da dieser am Runden Tisch „Wohnen“ am 12.10.22 thematisiert werden soll.

Herr Rebenstorf vertagte die Mitteilung unter TOP 6.1 Zwischenstand zu allen Leuchtturmprojekten, da es noch Abstimmungsbedarfe gibt. Zum gegebenen Zeitpunkt erfolgt die Mitteilung.

Frau Krimmling- Schoeffler fragte, ob zum Zwischenstand informiert werden kann, da dies Herr Geier im Hauptausschuss auch getan hat.

Herr Rebenstorf sagte, dass er sich erkundigen wird, worüber im Hauptausschuss informiert worden ist und ob die dort gegebene Information diesem Ausschuss auch zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Rebenstorf informierte, dass unter Mitteilungen zum Stand der Auswertung der Nutzung des 9 Euro Tickets durch einen Vertreter der HAVAG informiert werden soll. Dies wird unter dem TOP 6.4 erfolgen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Winkler** zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Damit wurde die geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.06.2022
 4. Beschlussvorlagen
 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen
Vorlage: VII/2022/04192 **vertagt**
 - 5.2. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung einer Fusion von
HWG und GWG
Vorlage: VII/2022/04296
 - 5.3. Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Abschätzung von Kostensteigerungen
bei Betriebs- und Nebenkosten
Vorlage: VII/2022/04273
 6. Mitteilungen
 - 6.1. Zwischenstand zu allen Leuchtturmprojekten **vertagt**
 - 6.2. Mitteilung zum Fachkräftemangel
Frau Dr. Meißner, Agentur für Arbeit Halle
 - 6.3. Aktuelle Schwerpunkte im Bereich Digitalisierung
Vorlage: VII/2022/04628
 - 6.4. Auswertung Nutzung 9 Euro Ticket bei HAVAG
 7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 8. Anregungen
- Nicht öffentlicher Teil**
9. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.06.2022
 10. Beschlussvorlagen
 11. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 12. Mitteilungen
 13. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

14. Anregungen

zu 3 **Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.06.2022**

Die Niederschrift vom 21.06.2022 wurde ohne Einwendungen bestätigt.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

Frau Rohrbach erinnerte an die Beantwortung der Anfrage zur Museumsnacht und erwartet, dass die Verwaltung hierzu im Kulturausschuss umfassend antwortet.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.2 **Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung einer Fusion von HWG und GWG** Vorlage: VII/2022/04296

Frau Rohrbach führte in den Antrag ein und betonte, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag handelt. Außerdem sprach sie an, dass bei der Haushaltskonsolidierung in den nächsten 15 Jahren eine Einsparung von 13,5 Mio. Euro erzielt werden soll. Mit der angekündigten Erhöhung der Kita-Beiträge, Kürzungen im Kultur- und Sportbereich sowie der Erhöhung der Grundsteuer B kann ihre Fraktion nicht mitgehen. Bezüglich ihres Antrages gab es im Vorfeld einige Berichterstattungen, sodass ihre Fraktion von einem Fachkräftemangel in den beiden Wohnungsgesellschaften ausgeht.

Es geht nicht darum, dass beide Unternehmen sofort fusioniert werden sollen; es geht um eine Evaluierung der Prüfergebnisse aus 2010. Es geht ihrer Fraktion um eine Bindung von Ressourcen und Einsparung von Energiekosten, gemeinsame Infrastruktur, bestmögliche Versorgung der halleschen Mieter/-innen.

Herr Heinrich fragte, ob der damalige Prüfauftrag durch die Stadtverwaltung oder einen externen Gutachter erfolgte.

Herr Rebenstorf sagte eine Beantwortung zu.

Herr Heinrich sagte, dass er die Intention des Prüfauftrages zu einer wirtschaftlicheren Arbeit der beiden Unternehmen begrüßt. Eine Fusionierung seit 1990 war nie passend, es gab immer Einwände hierzu.

Frau Rohrbach sprach an, dass die damalige Prüfung nur durch die Stadtverwaltung und die BMA ausgeführt worden ist. Ihrer Fraktion geht es nur um die strittigen Punkte, die damals problematisch angesehen wurden.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass unter den Mitgliedern dieses Ausschusses die

Geschäftsführerin einer der Wohnungsgesellschaften anwesend ist und bat um deren Aussagen, welche Möglichkeiten diese sieht, wenn es zu einer Fusionierung käme. Sie fragte, ob die Wohnungsgesellschaften einen Fachkräftemangel haben und durch die Fusionierung eine Behebung desselbigen gesehen wird. Außerdem fragte sie, ob Synergien gesehen werden, wenn diese Fusionierung zustande kommen sollte.

Frau Kozyk wies darauf hin, dass sie als sachkundige Einwohnerin in dem Ausschuss ist und nicht als Geschäftsführerin der GWG. Das Thema war vergangene Woche im Finanzausschuss, welcher zuständig für die Beteiligungsunternehmen ist, für diesen hatten Frau Danz und sie eine Einladung. Sie wurden dort nicht befragt. Der Finanzausschuss und der Hauptausschuss haben den Antrag zur Fusionierung abgelehnt.

Sie zeigte Bereitschaft, sich äußern zu wollen, wenn ihre Rolle als sachkundige Einwohnerin für diese Zeit aufgehoben wird und sie als Geschäftsführerin der GWG sprechen soll.

Frau Winkler erwiderte, dass Frau Kozyk natürlich hierzu sich äußern kann.

Frau Kozyk sprach an, dass beide Unternehmen einen Fachkräftemangel bei den Bauingenieuren und IT-Fachleuten haben. Dieses Problem würde mit einer Fusionierung beider Unternehmen nicht aufgehoben werden.

Zum Thema Synergien wies sie darauf hin, dass die Arbeit und die Anzahl der Mieter/-innen nicht weniger sein werden. Die Aufgaben, welche jetzt anliegen, haben alle Wohnungsunternehmen. Es wird keine Einsparungen geben. Sie machte klar, dass gesetzliche Regelungen fehlen, die ihre Preiserhöhungen deckeln. Ab Januar 2023 kommen die Preiserhöhungen von den Versorgern, welche erst 1 ½ Jahre später abgerechnet werden können. Es fehlt die Gesetzgebung, wer zwischendurch diese erhöhten Kosten zahlt. Auf die angekündigten Hilfspakete zum Wohngeld warten die Wohnungsunternehmen. Sie kann nicht einschätzen, wie viele Wohngeldempfänger zukünftig in ihrem Unternehmen sein werden, Fakt ist, dass die Mitarbeiter/-innen dies mit vorbereiten müssen. Die Mieter/-innen haben unterschiedliche Einkommensarten. Es wird bereits eingeschätzt, dass ca. 60 % ihrer Mieter/-innen auf Wohngeld angewiesen sein werden, genaueres ist noch nicht bekannt.

Momentan errechnen die Mitarbeiter/-innen die neuen Kosten, welche seit kurzem zur Verfügung stehen, die ab Januar 2023 bei der GWG anstehen werden. Das Thema Wohnen müsste in den entsprechenden Gremien viel mehr auf die Tagesordnung kommen, da dieses Thema alle Bürger/-innen massiv bewegt.

Frau Kozyk betonte nochmals, dass sie mit einer Fusionierung keine Synergien sieht.

Herr Dr. Ernst dankte für die Beschreibung der aktuellen Situation. Er sprach an, dass der Antrag nicht auf die Kurzfristigkeit abzielt, sondern mittel- und langfristig Synergieeffekte gesehen werden. Er verwies darauf, dass dies in der freien Wirtschaft ein normales Vorgehen ist und positiv gesehen werden kann, das fusionierte Unternehmen gestärkt aus der Situation hervorgehen können. Die jetzige Situation ist nicht Bestandteil des Fraktionsantrages.

Frau Kozyk wies darauf hin, dass es bereits 1990/91 die erste Fusion der GWG und HWG gegeben hat. Sie sagte, dass sie vor ihrer Zeit als Geschäftsführerin der GWG bei einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft tätig war und damals dort in diesen Unternehmen eingesetzt war. Es wurden damals viele ungeklärte Dinge vorgefunden und die Fusionierung wurde 1990/91 von den zuständigen zwei Beigeordneten rückgängig gemacht.

Es gab dann noch weitere Fusionsbestrebungen, so 1998, 2001/2002. Letztere wurde durch eine große Gesellschaft geprüft. Die einzigen Resultate waren, dass finanzielle Mittel

eingespart werden können, wenn man Personal in hohen Größenordnung einsparen würde. 2001 gab dies eine große Unruhe unter der Belegschaft, sodass bei diesem Thema wieder diese Unruhe eintritt. 2004 bis 2006 wurde das fortgesetzt, mit dem Ergebnis sichtbar in Berlin und Dresden, wo viele Mitarbeiter/-innen entlassen wurden. Die damalige kommunale Wohnungsgesellschaft in Dresden ist nicht mehr existent. Der Haushalt in Dresden war nur für drei Jahre saniert und jetzt gibt es wieder hohe Schulden dort und es wurde eine neue kommunale Wohnungsgesellschaft gegründet. Und dieses Geschehen ist natürlich bei der Belegschaft der HWG und GWG im Hinterkopf und natürlich muss der Gesellschafter vor solch einem Schritt gewarnt werden. Sie wies darauf hin, dass eine Fusion über mehrere Jahre gesellschaftsrechtlich nicht durchführbar ist. Entweder muss sofort fusioniert werden oder gar nicht.

Auch wenn es gemeinsame Geschäftsfelder bei der HWG und GWG gibt, ist die Aufstellung recht unterschiedlich. In Zukunft wird vielleicht 5 % des Bestandes der GWG außerhalb von Neustadt sein, das war ein besprochenes Ziel gemeinsam mit dem Aufsichtsrat vor 10 Jahren und dieses wird verfolgt.

Herr Senius sagte, dass seine Fraktion sich mit dem Antrag aus mehreren Gründen nicht anfreunden kann. Bisher ist die Stadt Halle mit zwei Wohnungsgesellschaften nicht schlecht gefahren. Kooperationen und Absprachen erfolgen zwischen diesen Unternehmen, was auch bedingt, dass der Gesellschafter in beiden Aufsichtsräten mit dabei ist. Die Ausführungen von Frau Kozyk bezeichnete er als sehr nachvollziehbar.

Auf die Wohnungsunternehmen kommen insbesondere in der nächsten Zeit sehr schwierige Zeiten zu. Wenn zu dieser Zeit jetzt ein Prüfauftrag ausgelöst wird, werden diese Wohnungsunternehmen zu einer „Unzeit“ belastet, da Analysen, Bewertungen und Stellungnahmen verfasst werden müssen. Mit dem Prüfauftrag würden Mitarbeiter/-innen und Mieter/-innen verunsichert werden. Deswegen wird seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Thomann sprach an, dass solche Fusionen auch in der Wirtschaft schon schiefgelaufen sind, da die Historie und die Zielstellungen der Unternehmen nicht zusammengepasst haben.

Da wurde schon viel Geld in den Sand gesetzt. Für sie ist entscheidend, dass es in der Zielstellung und dem Mieterklientel zwischen HWG und GWG deutliche Unterschiede gibt.

Sie fragte zu einem persönlichen Sachverhalt nach, da sie als Mieterin einer Wohnungsgenossenschaft ihre Strom- und Gaskosten direkt an die EVH zahlt. Aus den Schilderungen von Frau Kozyk wird der Eindruck erweckt, dass die Wohnungsgesellschaften die Nebenkosten, auch Energie, vorfinanzieren und später erst von den Mieter/-innen einziehen können. Deswegen wollte sie wissen, wieso dies bei den städtischen Gesellschaften anders als bei einem Bauverein ist.

Herr Neumann erläuterte, dass es der Fall sein wird, dass Frau Thomann über eine Gasetagenheizung verfügt, was ein Auslaufmodell ist. Die meisten Wohnungsgenossenschaften stellen entsprechend des Themas Energiegemeinschaft seit einigen Jahren von Gas auf Fernwärme um.

Frau Kozyk ergänzte, dass die Mieter/-innen der GWG nur den Strom für die eigene Wohnung von ihrem Energieversorger beziehen. Alle anderen Betriebskosten werden zwischen Firmen und der GWG abgeschlossen. Deswegen geht die GWG, außer für den privat verbrauchten Strom in der Wohnung, in Vorleistung. Und deshalb besteht die Sorge, dass die Zeit zwischen der erbrachten Leistung und der Abrechnung mit den Mietern von der Wohnungsgesellschaft erbracht und überbrückt werden muss. Bei der GWG betrifft dies alle Mietverträge.

Herr Dr. Ernst sagte, dass es Ziel des Prüfauftrages sein soll, dass die Position im Markt gestärkt werden kann.

Frau Kozyk ging auf den Antrag ein, welcher auch beinhaltet, dass dies „zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung“ erfolgen soll. Was heißt das im Konkreten, das noch mehr an die Stadt abgeführt werden soll? Alles was abgeführt wird, zahlen letzten Endes die Mieter/-innen. Wohnungsunternehmen haben nur eine einzige Einnahmequelle, was die Nettokaltmiete ist. Egal ob Investitionen, Personalkosten, Sponsoring o. ä., dies geht alles aus der Nettokaltmiete. Das würde bedeuten, das Nettokaltmieten noch mehr erhöht werden sollen.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass ihre Fraktion den Antrag aus den bereits genannten Gründen mit einem klaren Nein ablehnen wird. Der Antrag wurde in Zeiten größter Verunsicherung gestellt und dann noch vor dem Hintergrund, dass noch mehr finanzielle Mittel aus den Wohnungsgesellschaften für die Haushaltskonsolidierung herausgezogen werden sollen, da wäre eine Zustimmung zu dem Antrag töricht. Diese Diskussion sollte auch nicht weiterverfolgt werden, da die abzugebenden Mittel der Wohnungsgesellschaften an die Stadt nicht für Investitionen und Modernisierungen zur Verfügung stehen.

Frau Winkler sprach an, dass ihre Fraktion aus den bereits genannten Gründen diesen Antrag auch nicht mittragen wird.

Herr Schaper sagte, dass seine Fraktion das vor vielen Jahren auch bereits gefordert hatte. Deswegen wird sich seine Fraktion dem Antrag nicht ganz verschließen, auch wenn er persönlich die Argumente gut nachvollziehen kann. In der Fraktion gab es eine sehr kontroverse Diskussion zu dem Antrag. Vielleicht kann mit dem Prüfauftrag auch die ganze Unruhe unter der Belegschaft und den Mieter/-innen herausgenommen werden, wenn keine Effektivität festgestellt werden kann. Deswegen ist seine Fraktion für den Antrag als Prüfauftrag.

Herr Heinrich wies die Aussage der CDU- Fraktion zurück, da es nicht um eine Beschlussfassung zu einer Fusion geht, sondern um einen Prüfauftrag. Es ist der Versuch, nach dem besten Weg zu suchen und das muss jederzeit machbar sein.

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass ihre Fraktion den Antrag ablehnen wird. Sie begrüßte, dass sich das Netzwerk Stadtentwicklung wiedergefunden hat und dort ist der Synergieeffekt deutlich größer, da sich viel mehr Wohnungsgenossenschaften und – gesellschaften dort zusammenfinden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Winkler** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis skE:

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis Strä:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung prüft mit Hilfe der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) die Folgen einer Fusion von Hallescher Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) und GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH. Zugrunde gelegt wird dabei die Informationsvorlage Nr. V/2010/09042.

Die Verwaltung legt in diesem Kontext dar, ob sie der im Jahr 2010 gegebenen Einschätzung weiterhin folgt. Dabei soll ausschließlich das Modell „Fusion“ in Betracht gezogen werden, mit einem Prozess des Zusammenwachsens, der sich über mehrere Jahre erstreckt. Im Punkt 6c der Informationsvorlage wurden verschiedene Maßnahmen zur Zielerreichung empfohlen. Die Verwaltung prüft die Aktualität dieser Zielsetzungen. Das Ergebnis der Prüfungen wird dem Stadtrat im September 2022 vorgelegt.

zu 5.3 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Abschätzung von Kostensteigerungen bei Betriebs- und Nebenkosten
Vorlage: VII/2022/04273

Herr Schaper entschuldigte sein verspätetes Erscheinen zur Sitzung und vertagte den Antrag seiner Fraktion.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, welche Kostensteigerungen bei Betriebs- und Nebenkosten im Jahr 2023 auf die Stadtverwaltung, die von ihr finanzierten Projekte, Maßnahmen und Vereine zukommen. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat im Oktober 2022 vorzulegen.
2. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, bei Vorlage des Haushaltsentwurfes darzulegen, in welcher Form sie die erhöhten Kosten bei der Aufstellung des Haushalts berücksichtigt hat.

zu 6 Mitteilungen

zu 6.2 Mitteilung zum Fachkräftemangel
Frau Dr. Meißner, Agentur für Arbeit Halle

Frau Winkler beantragte Rederecht für Frau Dr. Meißner, diesem wurde einstimmig zugestimmt.

Frau Dr. Meißner erläuterte anhand einer Präsentation den Fachkräftemangel und ging kurz auf den am heutigen Tag erschienenen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung ein.
Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Eingangs sprach sie die bevorstehende Fusionierung der Arbeitsagenturen Halle, Sangerhausen und Weißenfels ab 1.01.2023 ein. Die Objekte und Geschäftsstellen werden erhalten bleiben.

Als große Herausforderung sah sie den Fachkräftemangel und -bedarf im Handwerkerbereich, in der Pflege, in der Bildung und Erziehung, in der Logistik und wichtigen Industrieberufen.

Frau Rohrbach fragte zur SGB II - Struktur, hier zur Altersstruktur nach.

Frau Dr. Meißner antwortete, dass es knapp 2000 Personen, die über 55 Jahre und älter sind, betrifft, welche vom Jobcenter betreut werden. Bei den unter 25-jährigen sind es 1200 Personen. Im SGB III - Bezug, welche über die Arbeitsagentur betreut werden, sind es 1400 55jährige und Ältere und bei den Jugendlichen unter 25 Jahre sind es 564 Personen. 2/3 aller betreuten Arbeitslosen befinden sich im Rechtskreis SGB II, dort muss zwischen den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und den Bedarfsgemeinschaften unterschieden werden.

Frau Rohrbach fragte, wie die Unternehmen die Beratungsangebote zu der Mitarbeiterführung und - gewinnung und Work-Life-Balance annehmen.

Frau Dr. Meißner erwiderte, dass die Unternehmen sehr positiv darauf reagieren. Es gibt einen gemeinsamen Arbeitgeberservice, wo die Kontaktmöglichkeit zu den Unternehmen regelmäßig gegeben ist.

Herr Heinrich sprach an, dass einerseits die Kinderarmut benannt wird und andererseits der Geburtenrückgang beklagt wird, er aber keine hilfreichen Angebote sieht, wenn die Frauen mehr arbeiten sollen, als jetzt schon. Er empfand dies als unvereinbare Positionen.

Frau Dr. Meißner wies darauf hin, dass es sehr individuell ist, da die Familien das für sich selbst entscheiden. In den Unternehmen gibt es sehr unterschiedliche Arbeitszeitmodelle, sodass die Frauen ihrer geregelten Arbeit dort gut nachgehen können. Es gibt einen Unterschied zwischen der Vollzeitwerbstätigkeit von Männern und von Frauen und die Frage sei erlaubt, ob es Interessierte gibt, die ihre Beschäftigung erweitern möchten.

Frau Thomann sagte, dass ca. 50 % der Schüler/-innen mit Gymnasialabschluss von der Schule gehen und sich mehr Richtung Studium orientieren. Sie fragte, ob es Programme gibt, um die Schüler/-innen mehr zu den nicht belegten Ausbildungsplätzen zu orientieren.

Frau Dr. Meißner sagte, dass es insgesamt in Halle 1688 Bewerber/-innen für eine Ausbildungsstelle gibt. Es gibt ca. 400 Schüler/-innen mit Hauptschulabschluss, ca. 1000 mit Realschulabschluss und ca. 200 verfügen über die Fachhochschulreife. Das sind die bei der Arbeitsagentur gemeldeten Bewerberzahlen und hat noch nichts mit den Schulabgänger/-innenzahlen zu tun. Diese liegen dann wesentlich höher.

Bei der Ausbildungsstellenbesetzung kann eingeschätzt werden, dass alle bei der Arbeitsagentur registrierten Jugendlichen in Ausbildung vermittelt werden können.

Sie wies darauf hin, dass die Jugendlichen entsprechend ihrer Wünsche beraten werden. Es gibt Berufswahltests, die Jugendliche für sich machen können, dort kommen oftmals die Stärken desjenigen heraus. Dann wird geschaut, welche Ausbildungsplätze durch die Bundesagentur für Arbeit diesem Jugendlichen angeboten werden können. Es wird keine Berufslenkung getätigt. Bei Jugendlichen, welche noch keine Ausbildungsstelle haben, wird eine „Auswegberatung“ durchgeführt. In den Schulen wird eine gute Berufsorientierung gemacht, damit junge Menschen wissen, was auf sie zukommt, damit es nicht zu Studien- oder Lehrabbrüchen kommt. Die Jugendlichen sollen eigenständig ihre Wahl treffen können.

Frau Thomann fragte zu den Berufsberatungen in Schulen nach, da diese in Pandemiezeiten nicht stattfinden konnten.

Frau Dr. Meißner erwiderte, dass die Berufsberater wieder aktiv in den Schulen unterwegs sind, seitdem dies wieder möglich ist. Es wird ab der Klasse 7 bis hin zu den Abiturklassen über Ausbildungsberufe und Studienmöglichkeiten beraten.

Herr Schaper fragte zur Anerkennung von Fachabschlüssen von ausländischen Mitbürger/-innen nach. Allein durch die Ukrainer sind 57 000 Personen deutschlandweit zugezogen. Hat dies auf den Arbeitsmarkt einen Effekt?

Frau Dr. Meißner sagte, dass bereits seit 2015 viele Zuzüge erfolgt sind und die Arbeitsagentur große Erfahrungen machen konnte. Gegenwärtig werden die ukrainischen Menschen durch das Jobcenter betreut. Die größte Hürde ist die Sprachbarriere, die es zu überwinden gilt. Zur Anerkennung der Abschlüsse sagte sie, dass dies auch bei der gezielten Zuwanderung ein großes Problem darstellt. Die Anerkennungsverfahren dauern sehr lange und das hindert, hier schnell reagieren zu können.

Herr Schaper fragte nach dem erwähnten Kooperationsprojekt, um Studierende in der Stadt Halle halten zu lassen. Er bat um nähere Informationen hierzu.

Frau Dr. Meißner antwortete, dass es um ein Kooperationsprojekt hinsichtlich der gezielten Zuwanderung mit dem Universitätsklinikum im Bereich der medizinischen Betreuung und Pflege geht. Dort gibt es jährlich mehrere Durchgänge, bei denen aus europäischen Ländern Menschen nach Deutschland kommen, die sich bereits in ihrem Land Deutschkenntnisse angeeignet haben. Teilweise haben diese auch eine Ausbildung. Es erfolgt dann eine Ausbildung von der pflegerischen Hilfskraft zur Pflegekraft.

Sie sah ein großes Potential darin, dass junge Menschen, die hier ein Studium beginnen und beenden, auch in unserer Region gehalten werden sollten. Ein Projekt, was momentan angeschoben wird, ist ein Projekt mit dem Innovationszentrum in Halle, wo Startup Unternehmen für eine bestimmte Zeit betreut werden, die sich dann ausgründen wollen und müssen und diese das möglichst hier in der Region tun sollen. In der Regel sind es Ausgründungen von Absolvent/-innen von der Universität Halle.

Herr Senius fragte, ob es weitere Ansätze gibt, die von der Stadt unterstützt werden können, um dem immer stärker werdenden Fachkräftemangel in der Stadt begegnen zu können. Es sind einige Wege bereits benannt worden. Er sagte, dass es ein Arbeitsmarktkonzept gibt, welches in der Zeit der höchsten Arbeitslosigkeit in Halle entstanden ist. Dies muss neu bewertet werden, wozu auch die Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wertvolle Hinweise geben kann. Gerade, weil die demografische Entwicklung so ist, wie sie ist, ist man auf Zuwanderung angewiesen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 6.3 Aktuelle Schwerpunkte im Bereich Digitalisierung
Vorlage: VII/2022/04628**

Frau Winkler wies auf die hinterlegte Informationsvorlage in Session hin, welche zur Kenntnis genommen wurde. Es gab dazu keine Nachfragen.

Frau Dr. Odparlik informierte darüber, dass die Ausbauarbeiten, des EFRE-geförderten Breitbands stagnieren, da der Auftragnehmer Schwierigkeiten hat, entsprechende Tiefbauunternehmen beauftragen zu können. Bei der IB wurde eine Verlängerung eingereicht, sodass noch etwas Zeit ist. Die IB würde entgegenkommen, da Halle nicht die einzige Kommune ist, die diese Probleme hat. Es gibt wöchentliche Rücksprachen mit dem Auftragnehmer, um die weitere Entwicklung zu verfolgen.

zu 6.4 Auswertung Nutzung 9 Euro Ticket bei HAVAG

Herr Rebenstorf beantragte Rederecht für Herrn Völker von der HAVAG, welches einstimmig erteilt worden ist.

Herr Völker wertete anhand einer Präsentation die Nutzung des 9 Euro Tickets bei der HAVAG aus. Die Präsentation wurde im Session hinterlegt.

Herr Rebenstorf fragte, ob es eine Auswertung auf Bundesebene dazu gegeben hat.

Herr Völker antwortete, dass die VDV-Studie die bundesweite Studie ist, zu der es einen ersten Auswertungsbericht gibt. Bundesweit lag die Quote bei über 20 %.

Frau Thomann fragte zum selbst wahrgenommenen hohen Belegungsgrad der Straßenbahn in der Innenstadt von Halle nach und wollte wissen, wie dieser hohe Grad zukünftig entzerrt werden kann, bspw. durch eine zusätzliche Ringbahn.

Herr Völker sagte, dass der Belegungsgrad in etwa bei den Zahlen aus dem Jahr 2019 lag. Für zusätzliche Leistungen hätte das Personal gefehlt, da auch bei der HAVAG ein Fachkräftemangel herrscht. Die Notwendigkeit wurde auch nicht gesehen, es gab relativ wenig Beschwerden zur Überfüllung.

Frau Thomann fragte zu der Schlangenbildung vor dem Kundencenter der HAVAG nach. Aus Gesprächen mit Kund/-innen aus der Schlange hat sie herausgehört, dass das „Flexiticket“ als „Renner“ galt. Es gab eine große Verunsicherung dazu, da aus einem Zeitungsbericht hervorgegangen war, dass die Monatskarten mit dem Flexiticket nur 50 % kosten sollen. Deswegen bat sie um Auskunft hierzu.

Herr Völker sagte, dass der Kundenansturm immens war, da im September die Schule und Ausbildung wieder begonnen hat, sodass die entsprechenden Tickets gekauft wurden. Das ist jedes Jahr im September so. Dieses Jahr kam durch das 9 Euro Ticket erschwerend hinzu, dass es in den letzten drei Monaten keinen einzigen ABO-Abschluss gegeben hat. Demzufolge kamen jetzt im September auch mehr Menschen deswegen zum Kundencenter.

Bis Anfang Juni konnten die Ukrainer noch kostenlos die Straßenbahnen nutzen, dann wurde das 9 Euro Ticket durch diese genutzt und im September gab es einen relativ großen Andrang von Ukrainern zum Abschluss von ABO's. Durch die Sprachbarrieren wurden noch Dolmetscher besorgt, sodass einige Tage auch diese noch beraten werden konnten und Abos verkauft wurden.

Herr Völker machte deutlich, dass das Kundencenter einen Tag bis 22.30 Uhr geöffnet war, um dem Ansturm gerecht werden zu können. Es gab zu viele Sachverhalte, die sich auf die Anfangstage im September verlagerten.

Bezüglich der Frage zum Flexabo informierte er, dass es sich dabei um eine Art „kleine Bahncard“ im ÖPNV handelt, wofür 6,90 Euro gezahlt werden und 50 % Ermäßigung auf Einzelfahrkarten gewährt werden. Aufgrund einer Fehlinformation in der Mitteldeutschen Zeitung gab es etliche Frustrationen und Unruhe, da viele Menschen ihre Monatskarte aufgrund der Fehlinformation zu 50 % ermäßigt haben wollten.

Frau Rohrbach fragte, ob nur die Verkaufszahlen des 9 Euro Tickets über die App der HAVAG ersichtlich waren oder auch über andere Apps ersichtlich wurden.

Herr Völker sagte, dass dies auch sichtbar war. Das 9 Euro Ticket wurde ausschließlich über die HAVAG gekauft.

Herr Busch fragte zu den finanziellen Auswirkungen des 9 Euro Tickets bei der HAVAG nach; ist dies vom Bund voll finanziert worden?

Herr Völker antwortete, dass das 9 Euro Ticket zu 100 % durch den Bund finanziert worden ist. Die HAVAG hat jetzt den Antrag zur Finanzierung der Einnahmeausfälle fristgemäß per 30.08.22 gestellt. Die HAVAG hat sonst monatlich ca. 3 bis 3 ½ Mio. Euro Einnahmen, in den drei Monaten haben monatlich ca. 2 Mio. Euro Einnahmen gefehlt. Dies wird zu 100 % ersetzt.

zu 7 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Herr Senius zu Fördermitteln

Herr Senius sagte, dass bekannt wurde, dass sich die Anteile zwischen den Gebietskörperschaften hinsichtlich der Strukturfördermittel nochmal verändert haben. Er fragte, ob es bereits verbindliche Aussagen gibt, ob Fördermittel zur Verfügung stehen und wenn ja, in welcher Höhe.

Frau Dr. Odparlik antwortete, dass ihr nicht bekannt ist, dass sich das Gesamtvolumen verändert hat. Jede Kommune versucht, das Maximum für sich zu bekommen. Ihres Wissens ist kein aktueller Sachstand hierzu da.

zu 7.2 Herr Schaper zu Unterstützungsmöglichkeiten von Unternehmen und Verbänden bei Energiekrise

Herr Schaper wollte wissen, ob Unternehmen oder Verbände bereits Anfragen hinsichtlich der Energiekrise an die Stadt getätigt haben, ob es auf regionaler oder kommunaler Ebene Unterstützungsmöglichkeiten gibt. Wenn ja, welche Anfrage und in welchem Ausmaß wäre die? Gibt es Überlegungen der Stadt den Unternehmen eventuell steuerliche Stundungen o. ä. als Hilfe zu gewähren?

Frau Dr. Odparlik erwiderte, dass an ihren Fachbereich bisher keine Anfragen herangetragen wurden. Bei den Unternehmensbesuchen spielt eher der Fachkräftemangel eine Rolle. Momentan ist die Situation für viele noch schlecht abschätzbar, sodass hier sicher noch in Warteposition gegangen wird.

Frau Kozyk gab den Hinweis, dass derzeit im Rahmen der Energie- Initiative einiges läuft. Am 10. Oktober wird es ein Treffen geben, wo aktuell durch die Stadtwerke berichtet wird, wie die Situation ist. Zwischen den Partnern erfolgt ein ständiger Austausch, hier sind die Wohnungsunternehmen, die Kliniken etc. involviert. Sie machte auf den lobenswerten Internetauftritt der Energieinitiative aufmerksam, da hier sehr viel Wissenswertes publik gemacht wird.

Link: <https://energieinitiative-halle.de>

zu 8 Anregungen

zu 8.1 Herr Senius zur jährlichen Berichterstattung Fachkräftesituation durch

Arbeitsagentur

Herr Senius regte an, dass die Arbeitsagentur einmal jährlich einen Bericht zur Fachkräftesituation im Ausschuss geben sollte.

zu 8.2 Herr Senius zur Fortschreibung Arbeitskräftekonzept, hier Fachkräfte

Herr Senius regte an, dass es einen geschäftsbereichsübergreifenden Impuls zur Weiterführung des Arbeitsmarktkonzeptes geben sollte, insbesondere unter dem Aspekt der Fachkräfteentwicklung und –bedarfe. Es sollte auch überlegt werden, ob dieses Konzept nicht eher im Wirtschafts- als im sozialen Bereich thematisiert werden sollte, da es um die Versorgung der Wirtschaft mit Arbeits- und Fachkräften geht. Aus seiner Sicht ist es ein reines kommunales und wirtschaftspolitisches Thema.

Frau Winkler schlug vor, dass dies als Thema aufgenommen wird, um dies in einer Sitzung mal aufzugreifen.

zu 8.3 Frau Kozyk zum Runden Tisch "Wohnen"

Frau Kozyk regte an, dass alle Themen, die rund um das Wohnen besprochen werden sollen, am Runden Tisch Wohnen eingebracht und besprochen werden sollten. Hier können auch Experten eingeladen werden.

Die HWG und GWG, die miteinander kooperieren, haben bspw. dem Bürgermeister angeboten, zum Bezug von Wohngeld ihre Bürger/-innen mit zu beraten, da diese oftmals eine Hemmschwelle haben, auf das Amt zu gehen und sich eher an ihren Vermieter wenden, wenn es Probleme gibt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Frau Winkler** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Yvonne Winkler
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
stellv. Protokollführerin